

## Von der griechischen zur europäischen Krise

### 1. Einleitung

Die von den USA ausgehende Finanzkrise hat in atemberaubender Geschwindigkeit auf mehrere Kontinente und Länder unterschiedlichster Charakteristik übergegriffen. Keine ‚Varietät‘ des Kapitalismus blieb verschont. Ihr Verlauf und ihr Tiefgang hat selbst zynische Charaktere überrascht, die Krisen nur als Korrektur von Übertreibungen, als Neubewertung von *investments*, als Chance zur ‚Restrukturierung‘ begreifen. Die gegenwärtige Krise folgt offenbar nicht den bekannten Mustern. Die „erste Finanzkrise des 21. Jahrhunderts“, als die Michel Camdessus die Peso-Krise von 1994 bezeichnete, die Asienkrise von 1997, die Rubelkrise von 1998, die Argentinienkrisen der Jahre 1998/1999 und 2002 waren regional begrenzt. Zwar war in diesen Jahren von zunehmenden ‚Ansteckungseffekten‘ die Rede, über die sich länder- oder regionenspezifische Ungleichgewichte zu ‚systemischen Risiken‘ aufschaukeln könnten. In der Clinton-Ära wurde daher die Forderung nach einer neuen ‚globalen Finanzarchitektur‘ laut: mehr Transparenz, *surveillance* und *accountability* lauteten die Formeln zahlloser Reformpapiere internationaler Arbeitsgruppen (Goldstein et al. 1999). Die Ursachen der seit den 1980er Jahren dramatisch zunehmenden Finanzkrisen wurden gleichwohl in wirtschaftspolitischen Fehlern, unzulänglichen Entwicklungsmodellen, in der Verfilzung politischer und wirtschaftlicher Eliten oder unzureichenden Reformen uneinsichtiger Regierungen gesucht. Die Krisen um die Jahrtausendwende erschienen als Folge „schwacher Ökonomien, schwacher Bankensysteme und schwacher Finanzen“ (Eichengreen 1999: 162).

Genau deshalb erschien die sich 2008 globalisierende Krise so beunruhigend. Sie begann an den fortgeschrittensten Finanzplätzen der Welt, entzauberte einige europäische Vorzeigeländer und griff auf Ökonomien mit scheinbar solider Industriestruktur und konsolidierten Haushalten (wie die Bunderepublik) über. Sie hat den postkommunistischen Osten erreicht und hier einige der gerade erst zu EU-Mitgliedern ‚graduieren‘ Staaten wie Ungarn und Rumänien in das rückverwandelt, was sie am Tiefpunkt der Transformationskrisen schon einmal waren: in Klienten des IWF. Im Herbst 2008 zeichnete sich für die Euro-Zone der schärfste Einbruch seit ihrer Entstehung ab; zehn Jahre nach Ein-

führung des Euro wurde ihre Tragfähigkeit ernsthaft infrage gestellt (Atkins 2008; Feldstein 2009).

Wie konnte die ‚amerikanische Krise‘ so massiv in den Euro-Raum durchschlagen? Warum hat sich die gemeinsame Währung, mit der sich die EU von der notorisch unkooperativen Wirtschaftspolitik der USA emanzipieren wollte, nicht als Schutzschirm erwiesen? Warum wird eine marginale Ökonomie wie die Griechenlands, die gerade einmal 2,6 % zum Sozialprodukt und 2 % zur Gesamtverschuldung der Euro-Zone beträgt, zu einer ‚Gefahr für den Euro‘ stilisiert?

Die Zuspitzung der Krise auf Griechenland, wie wir im Folgenden zeigen werden, ist einerseits zwar ein *casus sui generis*, andererseits aber auch ein europäisches *Symptom* und dies in zweifacher Hinsicht. Sie zeugt *zum einen* von der (Selbst-)Überschätzung der europäischen Integrationspolitik, die meinte durch supranationale Rechtsnormen, Elitenkonsens und ‚benchmarking‘ die Staatlichkeit und die politische Kultur der Mitgliedsländer ‚europäisieren‘ zu können. Gerade aufgrund des Weiterbestehens patronagestaatlicher Strukturen und einer klientelistischen politischen Kultur in Griechenland haben rechte wie linke Regierungen seit dem Beitritt des Landes in die Europäische Gemeinschaft im Jahr 1981 zahlreiche Modernisierungschancen verspielt, dadurch Handlungsspielraum verloren und somit die Wirksamkeit einer forcierten Integrationspolitik dementiert. *Zum anderen* waren die Regierungen der Euro-Zone unfähig zu einer adäquaten Antwort auf die von Griechenland am wenigsten zu verantwortende Finanzmarktkrise.<sup>1</sup> Allen voran deutsche Politiker und Medien haben das konventionelle Erklärungsmuster für Finanzkrisen reaktiviert, indem sie die prekäre Lage des Landes auf unverantwortliches Staatshandeln reduzierten, über das die Finanzmärkte nun einmal ihr Urteil fällen. Unter der Hand wurde die ‚amerikanische‘ zu einer ‚griechischen Krise‘ umdeklariert und die Kausalität des globalen Spekulationszusammenhangs aufgelöst. Wir werden zeigen, dass die Analyse tiefer ansetzen muss.

Die Unfähigkeit der EU zu nachhaltigen europäischen Lösungen außergewöhnlicher Problemlagen verleiht der griechischen Krise eine weitere Dimension, die einen Schatten auf die Zukunft der europäischen Integration wirft: Das Sanktionsregime der Währungsunion wird gegen die Integrität der europäischen Gemeinschaft ausgespielt, welche nach §3 des Unionsvertrags auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedern zielt. Zum ersten Mal wurde gegen ein Mitglied die Drohkulisse von Strafgeldern, Stimmrechtsentzug oder gar Ausschluss aufgebaut und wird, wenn es nach der Bundesregierung geht, auch nach der verspäteten Gewährung von Beistandskrediten aufrechterhalten. Das stellt nicht allein die Grund-

---

1 „Greek banks were free of toxic mortgage securities that felled others“, wie der *Economist* vom 6.2. 2010, S. 71, konzediert.

lagen des Einigungsprozesses infrage, sondern zugleich die Verantwortlichkeiten für die Ungleichgewichte in der EU auf den Kopf. Wie es scheint, versucht die Berliner Regierung, auf Griechenlands Rücken die überfällige Neuausrichtung der europäischen Geldpolitik, nämlich eine wirtschafts- und finanzpolitische Flankierung des Euro, durch ein verschärftes Sanktionsregime zu unterlaufen – und so zugleich ihre Verantwortung für das Auseinanderdriften der Eurozone abzuwälzen. Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, der nationalistischen Stimmungsmache rechtspopulistischer Blätter von *Bild* zu *Focus* und *Stern* schlicht die These der Einkreisung Griechenlands durch den globalen Finanzkapitalismus entgegenzustellen. Natürlich gibt es auch interne Defekte, die gerade Griechenland zum Krisenfall und zur Probe auf den Zusammenhalt der Eurozone machten.

## 2. „Der griechische Patient“

Ein differenzierender Blick auf Griechenland ist zunächst erforderlich, um die Strukturprobleme des Landes von dessen Weg in die aktuelle Krise zu unterscheiden. Zweifellos ist die Handlungsfähigkeit Griechenlands durch eine politische Kultur gefesselt, die sich in einem klientelistisch deformierten Staat artikuliert, der weit in die griechische Geschichte zurückweist, und durch eine heterogene Gesellschaftsverfassung, in der sich kapitalistische mit vormodernen Elementen verbinden. Die wirtschaftlichen Defizite Griechenlands hätten im normalen Konjunkturverlauf nicht in ein Desaster führen müssen, haben jedoch aufgrund politischer und sozialstruktureller Blockaden ungeahnte Ausmaße angenommen. Die globale Finanzmarktkrise hat diese Konstellation schonungslos aufgedeckt und in einen Test auf die Handlungsfähigkeit einer in sich inkonsequenten Währungsunion gewendet.

### a. Strukturelle Probleme Griechenlands: vom Armutskapitalismus in die Eurozone

Die strukturellen Schwächen des griechischen Staates haben gesellschaftliche Ursachen, die bis in die Zeit der vierhundert Jahre währenden Osmanischen Herrschaft zurückreichen. Sie sind nicht einfach mit einer traditionellen Staatsferne der Bevölkerung zu erklären – aus einer verinnerlichten Distanz gegenüber den ehemaligen Okkupatoren – mit der der Staat als fremde steuer-eintreibende Zwangsmacht wahrgenommen wurde. Erhebliche Unterschiede zur westeuropäischen Gesellschaftsentwicklung und damit zusammenhängende Modernisierungsblockaden sind tiefer in der Herrschaftsgeschichte angelegt, wobei wir hier fünf Elemente hervorheben.

Damit ist *zum ersten* die in die Herrschaftstechnik des osmanischen Reichs zurückreichende Praxis des Ämterkaufs gemeint. Um die Entstehung konkurrierender Machtpole zu verhindern, waren die Ämter der osmanischen Büro-

kratie nicht erblich, sondern wurden nur auf Zeit besetzt. Die neuen Amtsinhaber suchten dann das dafür ausgelegte Kapital bei Vergabe der nachgeordneten Posten wieder einzutreiben, woraus eine Schmiergeldkaskade bis in die untersten Ämter entstand. *Zum zweiten* partizipierten auch die oberen Repräsentanten der orthodoxen Kirche, denen neben religiöser auch zivile Macht übertragen worden war, an diesem System, das sie bis heute konservieren (Clogg 1997:29); als größter Grundbesitzer und reichste Institution des Landes entrichtet die Kirche keine Steuern und lässt sich obendrein ihre Priester und verschiedene Privilegien vom Staat bezahlen.

Hinzu kam *zum dritten*, ein zutiefst korruptes Verwaltungssystem, in dem Schutz vor Willkür und Rechtssicherheit erkauf werden musste. So entwickelte sich in der Gesellschaft auch von unten her ein System von Gefälligkeiten, Patronage und Klientelismus, das als informelles Substitut für einen modernen Verwaltungsapparat fungierte, wie er sich in den westeuropäischen Staaten im 18. und 19. Jahrhundert herausgebildet hatte. Die nach Gründung des griechischen Staates im Zuge des Befreiungskampfs ab 1832 importierten französischen und bayerischen Rechts- und Verwaltungsprinzipien legten sich nur wie eine zweite Ebene über die informelle Praxis des bewährten Klientelismus.

*Zum vierten* unterschied sich die Klassenstruktur signifikant vom entwickelteren Westen. Neben der kleinen administrativen Elite bildete sich eine Handelsbourgeoisie heraus. Griechische Reeder beherrschten im 18. Jahrhundert den Schiffsverkehr auf der Ägäis. Bei relativer kultureller Autonomie und weitgehender ökonomischer Freiheit waren sie wenig an Veränderungen des status quo interessiert. Die Befreiungsbewegung wurde vor allem von der griechischen Diaspora getragen, von ausgewanderten Intellektuellen, Studenten an westeuropäischen Universitäten, Schriftstellern etc., unterstützt von den Philhellenischen Vereinen und von der Begeisterung für das antike Griechenland, die um 1800 in Westeuropa aufkam.

Da es keinen Adel gab, musste sich die griechische Bourgeoisie nicht im Kampf gegen den Adel und gegen Willkür, Geburtsprivilegien, Rechtungleichheit etc. emanzipieren, was die Basis der politischen Klassenidentität und die Grundlage moderner europäischer Parteien im 19. Jahrhundert bildete. Die wichtigsten Institutionen eines modernen Staates wurden nicht vom Bürgertum erkämpft, sondern importiert. Hieraus leitet sich bis heute die geringe Gestaltungskompetenz des Staates ab, z.B., eine moderne Infrastruktur und Wirtschaftspolitik zu implementieren (Meynaud 1969: 9).

Mangels einer Industrialisierung nach westeuropäischem Muster, blieben die Lohnarbeiter marginal, wodurch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die klaren Klassenlinien fehlten, die die großen europäischen Industriestaaten prägten. Interessengegensätze formierten sich entlang einer Dichotomie von ‚unten‘ und ‚oben‘, zwischen der bäuerlichen Bevölkerung bzw. den abhängig Beschäftigten und der Bourgeoisie, die aber immer wieder durch nationalistische

Themen überformt und durch klientelistische Beziehungen abgeschwächt wurden. Nationale Konstitutionsprobleme des Staates überblendeten allzu oft die Aufmerksamkeit für dringende soziale und ökonomische Fragen.

*Zum fünften* war die territoriale Identität Griechenlands bis in die Gegenwart ungesichert. Der 1822 verkündete und 1830 international anerkannte Staat umfasste damals nicht einmal die Hälfte seines heutigen Territoriums. Erst 1947 wurde das heute allgemein anerkannte Staatsgebiet definiert. Doch bis in die Gegenwart leistet sich Griechenland zuweilen bizarr anmutende Konflikte mit seinen Nachbarn – wie z.B. eine mehrjährige Grenz- und Wirtschaftsblockade gegen Mazedonien, das so gezwungen wurde, seine Herkunft aus dem früheren Jugoslawien in seinem Namen auszuweisen. Im Zentrum außenpolitischer Spannungen stehen zweifellos Interessenkonflikte mit der Türkei, die sich heute neben der Zypernfrage vor allem um Grenzstreitigkeiten in der Ägäis, den Verlauf des Festlandssockels, aber auch um die Betätigungsfreiheit der orthodoxen Kirche in der Türkei drehen.<sup>2</sup>

Griechenland war bis weit ins 20. Jahrhundert bäuerlich geprägt, der ergänzende Handel und der Seetransport wirkten sich nur wenig auf die soziale Strukturierung und die Alltagskultur aus. Wichtige Attribute des modernen Industriekapitalismus wie technischer Funktionalismus, Sachrationalität, ein strenges Zeitregime, kulturelle und regionale Nivellierung, kapitalistisches Ressourcenkalkül und Profitabilitätsdenken etc. blieben unterentwickelt. So gesehen ist die griechische Gesellschaft in Teilbereichen vormodern geblieben.

Trotz ihrer großen sozialen Bedeutung ist die *Landwirtschaft* ökonomisch nicht sonderlich effektiv, sondern eher Ausdruck struktureller Unterbeschäftigung. Bis zur Mitte dieses Jahrzehnts waren ca. 12% der Erwerbsbevölkerung in der kleinbetrieblich zersplitterten Landwirtschaft tätig (Durchschnittsgröße der Betriebe: 0,7 ha, in der EU: 15 ha), der auch der EU-Beitritt kaum Impulse verlieh (Zouboulidis 2006: 41ff.). Mangels strukturpolitischer Aktivität ist eine Modernisierung der Anbaumethoden oder Vermarktung ausgeblieben. Der Beitrag des primären Sektors zum Sozialprodukt ist im europäischen Vergleich zwischen 1995 und 2007 überproportional gesunken (von 8,9% auf 3,8%, OECD 2009a: 61). Griechenland ist zum Nettoimporteure von Lebensmitteln geworden. Wohl aber hat die klientelistische Gratifikationspolitik der Regierungsparteien zur großzügigen sozialen Abfederung prekärer ländlicher Lebensbedingungen geführt (Zouboulidis 2006: 53).

Die *Industrie* konnte diese Mängel nicht ausgleichen, allein der Schiffsbau hat eine bedeutsame Tradition, aber die Werften sind wie überall in Europa

---

2 Beide Staaten sind NATO-Mitglieder, so dass kein gegenseitiger Angriff zu befürchten ist. Eine Reduktion der Militärausgaben auf das durchschnittliche Niveau der OECD könnte bei intelligenter Umlenkung der Mittel zusätzliches Wachstum von 0,25 Prozent bewirken (Athassiou et al. 2002: 115). Für 2011 und 2012 will man die Rüstungsausgaben absenken und hat vertrauensbildende Maßnahmen mit der Türkei vereinbart.

längst unter dem Druck asiatischer Konkurrenz geschrumpft. Seit dem 19. Jahrhundert hatte sich eine regional relevante Weiterverarbeitungsindustrie landwirtschaftlicher Erzeugnisse herausgebildet, allerdings ohne ausgeprägtes Exportpotential. Nur im Bereich der Konsumgüter- und in der Baumittelindustrie wurde der inländische Bedarf gedeckt. Mangels einer vorgelagerten Investitionsgüterindustrie konnte sich keine integrierte Industriestruktur mit Betrieben von angemessener Größe und Fertigungstiefe ausbilden (Zouboulidis 2006: 55ff.). Im Jahr 2006 hatten nur 0,2% der Industriebetriebe mehr als 250 Beschäftigte und 35,3% arbeiten in Kleinbetrieben von weniger als 20 Beschäftigten, der höchste Wert in den OECD-Ländern (OECD 2009a: 69). Nach einem starken Industrialisierungsschub, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und zu einigen Großbetrieben in Schlüsselindustrien führte, hat sich nur die Petrochemische Industrie (incl. Raffinerie) mit nachgelagerten Produktionsstufen, z.B. der Düngemittelproduktion, als konkurrenzfähig erwiesen.

Aufgrund einer schwachen Industrie und einer subsistenzorientierten Landwirtschaft ist die griechische *Handelsbilanz* chronisch defizitär. Im vorigen Jahrhundert wies sie zuletzt 1913 einen (geringen) Überschuss auf (Maull 1926: 898). Von 1994 bis 2007 hat sich der Warenimport fast vervierfacht (von 20,9 Mrd. Euro auf 76,1 Mrd. Euro), der Export hingegen stieg nur um das Zweieinhalbfache (von 9,2 Mrd. Euro auf 23,5 Mrd. Euro) (OECD 2009a: 76f.).<sup>3</sup> Bemerkenswert ist, dass die Zunahme des Defizits zwischen 1994 und 2000 um 20%, sich nach Einführung des Euro in Griechenland stark beschleunigt hat (von 10,3 Mrd. auf 23,5 Mrd. Euro) (OECD 2009a: 77). Ein Indikator abnehmender Wettbewerbsfähigkeit sind auch die seit Jahren überproportional steigenden Lohnstückkosten: mit durchschnittlich 3% jährlich zwischen 1996 und 2006; in den Euro-Ländern hingegen stiegen sie nur um 0,9% (OECD 2009a: 159, eigene Berechnung). Die Löhne sind sehr unterschiedlich, in einigen Bereichen liegen sie auf deutschem Niveau, manchmal auch darüber, in den meisten deutlich darunter.

Griechenland kann seine Defizite im primären und sekundären Sektor nicht durch neue, technologisch avancierte Wirtschaftsbereiche ausgleichen. Bei den Ausgaben für *Forschung und Entwicklung*, liegt Griechenland am unteren Ende der OECD-Länderskala und wird inzwischen von der Türkei und Südafrika überboten. Das ganze Bildungssystem ist höchst reformbedürftig, auch deshalb, weil weitgehend am Bedarf vorbei ausgebildet wird (OECD 2009b: 123ff.). Bei einer offiziellen Arbeitslosigkeitsquote von 8,3% im Jahr 2007 (O-

---

3 Zwar hat die Reintegration der südosteuropäischen Ostblockstaaten in die kapitalistische Marktwirtschaft nach 1989 auch griechischen Produkten neue Absatzchancen eröffnet, was vor der aktuellen Finanzmarktkrise ein Viertel des Gesamtexports ausmachte (OECD 2009b: 24); allerdings ohne nachhaltige Wirkung auf die defizitäre Handelsbilanz. Stärker profitiert davon haben jedoch die griechischen Banken (Pagoulatos/Triantopoulos 2009: 37).

ECD 2009a: 149) konnten gleichwohl viele Stellen nicht mit den gesuchten Fachleuten besetzt werden<sup>4</sup>.

Der Wertschöpfungsanteil der *Dienstleistungen* erreichte 2007 den hohen Wert von 76% (OECD 2009a: 62f., eigene Berechnung), was allerdings nicht als Indikator für erfolgreiche Tertiarisierung angesehen werden kann. Mangels industrieller Basis fehlen die wertschöpfungsstarken, unternehmensnahen Dienstleistungen. Der größte Wirtschaftssektor ist der Öffentliche Dienst, gefolgt von einem ertragsschwachen, zersplitterten Handel, der noch deutlich vor dem Verarbeitenden Gewerbe liegt.<sup>5</sup> Fasst man die kommerziellen Dienstleistungen Handel, Verkehr und Gastgewerbe zusammen, erwirtschaftet dieser Bereich ein Drittel des Sozialprodukts, womit Griechenland an der Spitze der OECD-Länder liegt (OECD 2009a: 62, der OECD-Durchschnitt liegt bei gut 20%). Der Dienstleistungssektor bietet also ein sehr heterogenes Bild, auch deshalb, weil im Wesentlichen nur zwei Bereiche zur Aufbesserung der Zahlungsbilanz beitragen, nämlich die Schifffahrt und der Tourismus. Die griechische Handelsflotte ist ein besonderer Aktivposten der griechischen Wirtschaft und der einzige Superlativ des Landes; mit 38% des Gesamtbestandes ist sie die größte in der EU (Zouboulidis 2006: 68).

Das Strukturproblem Griechenlands besteht darin, dass zu wenige Wirtschaftsbereiche Überschüsse erwirtschaften und die Leistungsbilanz insgesamt chronisch defizitär ist. Mehr noch, diese Defizite haben sich in den letzten zehn Jahren ständig erhöht; sie stiegen von -3,6% 1999 auf -14,7 im Jahr 2008 (Pagoulatos/Triantopoulos 2009: 36).

Das fiskalische Hauptproblem, nämlich die Ausgaben zu verringern und die Einnahmen zu steigern, wird von der Regierung üblicherweise mit neuen Gesetzen und ostentativen Durchsetzungswillen zu lösen versucht. Viel schwieriger stellt sich auf der gesellschaftlichen Ebene die Aufgabe dar, wie man die sozial-ökonomischen Ursachen für die enorme Differenz in der Leistungsbilanz bewältigen und die Zustimmung der Bürger für die dazu erforderlichen Reformen gewinnen kann. Denn die ökonomische Misere Griechenlands, die durch die EU-Transferzahlungen und durch die Euro-Zugehörigkeit lange gedämpft wurde, ist nicht nur ein klassischer Klassenkonflikt, in dem sich die Oberschicht an den Mittel- und Unterschichten schadlos hält, sondern Produkt eines *informellen Klassenkompromisses auf Kosten des Staates* zwischen den gesellschaftlich relevanten Gruppen und politischen Parteien. Die faktisch weitgehende Steuerbefreiung der Oberschicht wird hingenommen und durch das Verlangen nach umfangreichen staatlichen Transfers an vertretungsstarke

---

4 Der Mangel an größeren, F&E-intensiven Unternehmen drückt sich auch darin aus, dass von den 2006 in der Wirtschaftstriade (USA, EU, Japan) zugleich angemeldeten 14 795 Patenten der 27 EU-Staaten nur 15 (!) auf Griechenland entfielen (OECD 2009a: 171).

5 2005 betrug die Wertschöpfung im Öffentlichen Dienst 23,6 Mrd. Euro (OECD 2009a: 63), im Handel 19,3 Mrd. und im Verarbeitenden Gewerbe 14,3 Mrd. (Eurostat 2009: 300).

Gruppen von Lohnabhängigen und durch ertrutzte Zugeständnisse an die Gewerkschaften kompensiert – mit dem Effekt, dass der Klientelismus und die Perspektive der Gruppeninteressen die Klassegegensätze überlagern und diese zur bloß rhetorischen Chiffre verblassen lassen. Daher bleiben die beiden dezidiert linken Parteien in ihrer Schuldzuweisung meist abstrakt und benennen als Krisenverursacher gern ‚das Kapital‘ oder ‚die Plutokratie‘ (vgl. zur Krisenbeschreibung Kadritzke 2010a).

## b. Parteiklientelismus und gesellschaftliche Patronage

Die politischen Parteien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und insbesondere nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 die Regierungen stellten, waren eher Sammlungsbewegungen verschiedener Gruppen und Cliques, die sich um markante Führer scharten; für die konservative Variante (vor dem Militärputsch von 1967 die Nationale Radikale Union – Ethniki Rizopastiki Enosis ERE, seit 1974 Nea Dimokratia ND) die Familien Mitsotakis und Karamanlis und für die anfangs liberale, später sozialdemokratische Variante (von 1961-1967 Zentrumsunion – Enosis Kentrou EK, nach 1974 Panhellenische Sozialistische Bewegung PASOK) die Familie Papandreou. Dezidiert linke Parteien, wie die 1922 gegründete Kommunistische Partei (KKE) oder die Demokratische Sozialistische Bewegung (vor 1967 die Vereinigte Demokratische Linke – Eniea Dimokratiki Aristera EDA) spielen meistens nur eine geringe Rolle.

Für Wählertreue revanchieren sie sich regelmäßig durch Wahlgeschenke, zu denen neben einer lässigen Steuerpolitik vor allem die Beschaffung von Jobs im Öffentlichen Dienst gehört. So gibt es in Griechenland kein Berufsbeamtentum wohl aber eine personell aufgeblähte Bürokratie, die überdurchschnittliche Gehälter zahlt (Zouboulidis 2006: 64f). Die Parteien haben beim Regierungswechsel vollen Zugriff auf den Apparat. Sie können Beamte beliebig versetzen, eigene Anhänger auf begehrte Posten schieben und vor allem neue Posten schaffen und sei es in neuen Ämtern von Potemkinschem Format. In einem solchen Apparat, der den jeweiligen Regierungsparteien als Hausmacht dient, fällt es schwer, die Logik sachrationalen Staatshandelns gegen den Parteiopportunismus durchzuhalten. Seine Anfälligkeit für Günstlingswirtschaft jenseits von Kompetenz macht ihn schwerfällig und ineffizient, wogegen aus der Sicht der Klienten wiederum das Schmiergeld hilft.

Der Sammlungscharakter der beiden großen politischen Blöcke bedeutet die programmatische und praktisch-politische Repräsentanz breiter Wählerschichten. Auch bei der PASOK gehören Selbständige und der gewerbliche Mittelstand zur traditionellen Basis. Diese von beiden großen Parteiblöcken umworbenen Mittelschichten sind neben den Beziehern von Kapitaleinkommen die Hauptnutznießer des asymmetrischen und ineffizienten Steuerstaates.



Während die Lohnabhängigen in privaten und öffentlichen Diensten mit ihren regulären Einkünften erfasst werden, nutzen die Freiberufler und kleine Gewerbetreibende alle Techniken der Steuervermeidung. Zur wohlwollenden Schätzung durch den Steuerprüfer greift die bewährte Praxis reibungsfreier Interessenregulierung: es wird ein angemessenes Schmiergeld gezahlt. Die Korruption begünstigt die Vermögenden, die naturgemäß kein Interesse an der Änderung des status quo aufbringen.

Warum haben dann aber die dezidiert *linken Parteien*, die immerhin 10-15% der Wählerstimmen auf sich vereinigen können, keine systematische Kampagne gegen die Privilegierung der Besitzenden durch den ineffizienten Steuerstaat geführt? Ein Teil der Linken hat anarchistische Traditionen, von daher auch kein Interesse an einem effizienten Steuerstaat. Und für den Rest gilt vermutlich das schizophrene Staatsverhältnis, das die meisten Bürger praktizieren: viel zu erwarten ohne zu zahlen. Kennzeichnend dafür ist, dass das linkssozialistische Bündnis ‚Syryza‘ vor allem von linken Freiberuflern getragen wird. Insgesamt ist der Anteil von Selbständigen (Rechtsanwälten, Ärzten etc.) unter den Parlamentariern mit ca. 60% ungewöhnlich hoch (Zouboulidis 2009: 72) und erklärt auch das parlamentarische Desinteresse an der Änderung der asymmetrischen Steuerpolitik. Im Übrigen flüchtet man sich in eine abstrakte Systemkritik. Als die Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Aleka Papatrifa, gefragt wurde, woher denn das Geld für die Begleichung der Schulden kommen solle, wenn nicht von den Bürgern des Staates, antwortete sie: „Aus den Schatzhöhlen der internationalen Plutokratie“.

Die *Gewerkschaften*, lange Zeit Nutznießer ihrer Parteinähe (vor allem zur PASOK) und der Schwäche des Staates, und weitgehend durch Mitglieder des Öffentlichen Dienstes geprägt verlegen sich in der Krise auf partikularistische Defensivstrategien. Sie fordern z.B., dass die Jahreszulage in Höhe eines halben Monatslohns der Staatsdiener (das sog. „13. und 14. Monatsgehalt“ wie es fälschlich genannt wird) erhalten bleiben müsse, was die Privatbeschäftigten indes als Privileg ansehen und sich daher nur wenig an den monatlichen ‚Generalstreiks‘ beteiligen, die seit Anfang des Jahres stattfinden. Symptomatisch für die gruppenspezifische Interessenpolitik ist der fünftägige Streik der Zöllner im Februar, mit dem sie den Außenhandel lahm legten. Sie forderten, von den Lohnkürzungen ausgenommen zu werden, weil sie mit ihrer Arbeit zu den Einnahmen des Landes beitragen.

In der Steuerverweigerung wirken jahrzehntelange Erfahrungen mit der strukturellen Schwäche des Staates nach, auch bei den unteren Schichten. Man will dem Staat nichts geben, weil er ineffizient ist und er bleibt ineffizient, weil zu viele ihm nichts geben wollen – was nicht nur die Steuern betrifft. Korruption ist tief in die politische Kultur und die Alltagserfahrung eingelassen und er-

scheint als Normalität<sup>6</sup>. Weite Bereiche der Wirtschaft und der Einkommen wurden erst im Verlauf der 1980er Jahre überhaupt administrativ erfasst. Das Steuersystem blieb auch dann unvollständig und ist noch heute hinsichtlich der Verwaltungskosten und des erzielten Aufkommens das ineffizienteste unter den OECD-Ländern. Wiederholte Steueramnestien, Steuersätze auf Grundeigentum, Zinsen und Dividenden weit unterhalb des EU-üblichen Niveaus führten zu einer Steuerquote, die um 4,5 % unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Allein 2007 gingen Steuern in Höhe von 1,5% des Sozialprodukts durch ‚Terminverfall‘ verloren (OECD 2009b, Kap. 2).

### c. Griechenlands Weg in die Krise

Nichts also lag näher, als das Bild eines Staats, der sich durch Klientelwirtschaft, Korruption und Intransparenz selbst in die Krise hinein gewirtschaftet habe. Dieses Image hat die Athener Regierung selbst zu verantworten, denn sie hat ihre Haushaltsdefizite seit vielen Jahre durch ‚kreative Buchführung‘ geschönt. Die Offenlegung des tatsächlichen Defizits von 13,6% des BIP für das Jahr 2009 nach der Regierungsübernahme durch die PASOK im Oktober des Jahres markierte nur den Höhepunkt einer langen Reihe von Datenmanipulationen. Bereits 2004 musste Athen konzedieren, nur durch zu niedrig ausgewiesene Budgetdefizite für das Jahr 2000 in einem zweiten Anlauf den Eintritt in die Euro-Zone erschlichen zu haben. Auch in den folgenden Jahren wurden die Maastricht-Kriterien allein durch fehlklassifizierte Ausgaben und Einnahmen eingehalten, welche die Defizite um bis zu 3,5% herunter rechneten. Bei der Europäischen Statistikbehörde EUROSTAT, die über die Zuverlässigkeit der von den Mitgliedern eingereichten Daten wacht, galten die griechischen Angaben als die schlechtesten in der EU.<sup>7</sup> Der deutschen Regierung lieferte die desorganisierte griechische Politik eine willkommene Vorlage, ihre Mitverantwortung für die aufgestauten Ungleichgewichte im Euro-Raum (siehe dazu Heine/Herr 2006: 364ff.) auf eine nahezu handlungsunfähige Regierung abzuwälzen.

Allerdings hält die populäre Erklärung der *aktuellen* Krise durch hausgemach-

6 Bei Transparency International wird Griechenland zusammen mit Bulgarien und Rumänien an der Spitze der europäischen Korruptionsskala geführt.

7 Aufgrund eines überhöhten Defizits wurde Griechenlands erster Antrag auf Mitgliedschaft denn auch abgewiesen: „We did send a mission to Greece, but they had a lot of problems of getting their numbers right. We had to establish a small [working] group which reviewed all of their statistics. All the figures contradicted“ (zit. in Savage 2008: 137). Andererseits lag auch das (durch Eurostat bereits korrigierte) Defizit Griechenlands über mehrere Jahre unter dem der Bundesrepublik (ebd.: 164). Und man sollte hinzufügen, dass auch die großen Staaten die Maastrichtkriterien nur durch statistische Kunstgriffe erfüllt hatten: „By 1997, still only four nations met the target: Finland, France, Luxembourg, and the United Kingdom. Simply put, if the 60 percent debt barrier had been strictly observed, as had the deficit target, the EMU most likely would never have come into being“ (ebd.: 2006: 136).

tes Reformversagen einem differenzierenden Blick nicht stand. Trotz eines hohen Haushaltsdefizits hat Griechenland nämlich von 2001 bis 2008 mit durchschnittlich 4% ein deutlich höheres Wachstum erzielt als die Eurozone, die Arbeitslosigkeit um 2% reduziert und bis 2007 die Staatsschuld leicht zurückgeführt. Die unterdurchschnittliche Kreditfinanzierung der Haushalte passt kaum zum Mythos vom luxurierenden Griechen; auch die Unternehmen haben das abfallende Zinsniveau nach dem Beitritt zum Euro nicht zur leichtfertigen Überschuldung genutzt (IMF 2009: 5). In diesem Kontext relativieren sich auch höhere Inflationsraten und Lohnsteigerungen: zwischen 2000 und 2008 stieg die griechische Arbeitsproduktivität stärker als die in der Bundesrepublik, Italien oder Spanien; allerdings stiegen auch die Lohnstückkosten überdurchschnittlich. Eine Reihe administrativer Reformen wurde auf den Weg gebracht (OECD 2009b: 52-56). Einige Indikatoren zeigten also einen Aufwärtstrend an, der erst mit Einsetzen der globalen Krise abknickte (IMF 2009: 6-9).

Entscheidend für den relativ spät im Jahr 2008 einsetzenden Einbruch der Exporte und den Rückgang der Produktion war eine Kombination mehrerer Faktoren, die sich der Reichweite der griechischen Politik entzogen. Den Auftakt gab ein externer Schock. Die Kontraktion des Welthandels schlug direkt auf die Frachtraten der griechischen Handelsflotte durch, die als größte der Welt 4% zum Sozialprodukt und ein Drittel zu den Exporten beitrug; die weltweite Konsumzurückhaltung verringerte den Tourismus, der mit 18% in das Sozialprodukt und mit über einem Drittel in den Export einging, um ein Sechstel (OECD 2009b: 22). Der Wertverfall von Schiffen und ein Auftragsrückgang um ein Drittel belasteten die Kreditversorgung von Frachtunternehmen und Tankerflotten. Hinzu kam ein zweiter externer Schock aus der Balkan-Region. Seit Beginn des Jahrtausends hat Griechenland die von der EU intendierte Rekonstruktion des südlichen Balkan mit Investitionen, Infrastrukturprojekten und Technologietransfer unterstützt und den Handel intensiviert. Nachdem mehr als 12 Mrd. Euro in die Region investiert waren und die griechischen Banken sich mit 53 Mrd. Euro engagiert hatten, drehte sich der Wind. Noch 2007 als heißer Anlagetipp gehandelt (Rose 2007), nahm man angesichts verringerter Liquidität an den globalen Finanzmärkten eine Neubewertung der Risiken vor: „The perception of vulnerability to the crisis was heightened by the close economic links that Greece had forged with the emerging countries of Southeast Europe“ (OECD 2009b: 18). Mit dem Kapitalabfluss internationaler Anleger konfrontiert untersagte die Griechische Zentralbank den Banken des Landes die Stabilisierung ihrer Filialen in der Region. Zum dritten zählte Griechenland zu den Verlierern einer unzureichend finanzierten Osterweiterung. Die Staatschefs der alten EU weigerten sich, dem von der Europäischen Kommission erkannten Finanzierungsbedarf nachzukommen und bestanden darauf, die absehbar kostspielige Integration der

neuen Mitglieder aus dem vorhandenen Budget zu bestreiten. Die Kohäsionspolitik in Richtung Süden wurde zurückgefahren. Die seit 2007 greifende Reduktion der Netto-Transfers, die sich für Griechenland auf mehr als 3% des Sozialprodukts beliefen (Berend 2006: 210), hinterließ ihre Spuren in der Zahlungsbilanz.

Schließlich ist Griechenland durch das taktierende Verhalten einiger europäischer Regierungen ins Fadenkreuz der Spekulation gerückt. Unklarheit über die Antwort der EU auf den im Dezember 2009 verstärkten Abwärtstrend griechischer Staatsanleihen hat die Refinanzierungskosten des Landes in die Höhe getrieben. Die EU-Regierungen, von Anfang an nicht zu einer gesamteuropäischen Antwort auf die Finanzkrise fähig, agierten nicht, sie reagierten auf die Signale der Marktmacher an den Finanzmärkten. Die lange hinaus gezögerten Kreditzusagen vom 11. April 2010 über 30 Mrd. Euro wurden zwei Tage *nach* einer weiteren Herabstufung der griechischen Schuldtitel durch die Ratingagentur Fitch abgegeben. In kaum zu überbietendem Dilettantismus sind die europäischen Regierungen der durchsichtigen Spekulation auf die ‚trigger-dates‘ griechischer Anleihen nachgelaufen: Da bekannt war, dass der Umschuldungsbedarf Athens im zweiten Quartal 2010 besonders hoch sein würde, war abzusehen, dass dann die allgemein verschlechterte Liquidität der internationalen Märkte gegen Griechenland ausgespielt werden würde. Statt den erhöhten Zinsforderungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist die europäische Politik ‚dem Markt‘ gefolgt. Unfähig, die Lehren aus der ersten Spekulationswelle Anfang 2009 zu ziehen, die exakt dieses Muster aufwies, haben sie die Warnung des IWF ausgeschlagen: „to avoid a replay of the spike in spreads in an already weakened real/financial environment.“ (IMF 2009: 12).<sup>8</sup> Hier also hätte eine Kredithilfe ansetzen müssen. Das deutsche Beharren auf ‚marktnahen Zinssätzen‘ aber trieb den künftigen Schuldendienst in eine Höhe, die interessierte Kreise zu fortgesetzten Wetten auf einen Staatsbankrott animierten (*Economist* 17.5.2010: 65). In ihrer Regierungserklärung vom 5. Mai rechnete sich die deutsche Regierung als Stärke an, bewusst gewartet zu haben, bis „Griechenland nicht mehr in der Lage ist, sich selbst auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren“; und sie rühmte sich, den IWF auch gegen die Mehrheit der Euro-Länder und den Präsidenten der EZB eingeschaltet zu haben (Merkel 2010).

---

8 Weiter hieß es dort: „If external financing weakens again, the current account deficit could unwind rapidly and growth could falter badly.“ Die Standarderklärung für *spreads*, nämlich das Verhältnis von im ausländischen Besitz befindlichen öffentlichen Schuldtiteln zum Sozialprodukt, hat für Griechenland gerade nicht gegriffen: „As of early March, the regression significantly under-predicted Greek spreads, which arguably reflected heightened liquidity concerns and policy uncertainty not captured in the model“ (IMF 2010a: 6, Fn. 6, unsere Hervorh.).

## 2. Defekte der Euro-Zone

Wie konnte die Euro-Zone, der noch am Anfang der Finanzkrise zugetraut wurde, „größere Stabilität in das ökonomische Herz Europas gebracht zu haben“ (Thornhill 2008), eine solche Entwicklung zulassen? Warum haben die immer wieder beschworenen Überwachungsmechanismen zur Verhinderung systemischer Krisen nicht wenigstens im Rahmen der Euro-Zone gegriffen, obwohl seit Einführung des Euros klar war, dass vertiefte Kapitalmärkte auch erhöhte Risiken in sich bergen? Warum hat die Euro-Zone nicht geeignete Verfahren zur Abfederung asymmetrischer externer Schocks entwickelt, die spezifische Regionen – wie jetzt Griechenland – besonders hart treffen? Warum riskierten die europäischen Regierungen, dass nicht nur Griechenland und die südliche Balkanregion weg bricht, sondern gefährdeten auch ihr eigenes Bankensystem, das 58% der griechischen Staatsanleihen hält (*Economist*, 17.5.2010: 65)? All diese Fragen stellen sich unabhängig von der strukturellen Problematik Griechenland; sie sind gewiss nicht neu, erlangen im Kontext der europäischen Krise jedoch unvermutete Schärfe.

Sie verweisen zunächst auf Fehlkalkulationen über die Integrationswirkung der Gemeinschaftswährung. Der Entwurf des Euro-Regimes war minimalistisch angelegt: er verzichtete darauf, der EZB supranationale Institutionen der Finanzaufsicht, der wirtschaftspolitischen Kooperation oder gar eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zur Seite zu stellen. Die evolutionäre Erwartung, dass die Stabilitätsanfordernisse des Euro vertiefende Schritte in Richtung einer politischen Union bewirken würde,<sup>9</sup> lief ins Leere. Selbst im engeren Bereich systemischer Stabilität blieben die Flanken offen. Es war abzusehen, dass grenzüberschreitende Fusionen transeuropäische Finanzinstitute schaffen würden, die sich nationaler Aufsicht entziehen. Liquiditätshilfen, die Einlagensicherung, das Management öffentlicher Fonds, die Banken- und Börsenaufsicht etc. aber verblieben in nationaler Regie.

Die Problematik einer national fragmentierten Regulation war rechtzeitig bekannt (vgl. CEPT 1999; OECD 2000: 67-72). Wie sollten etwa die deutschen Behörden, die gemäß dem ‚Prinzip der Kontrolle durch das Heimatland‘ zuständig für die Aktivitäten von Banken mit deutscher Zentrale im gesamten Euro-Raum sind, sich hinreichend über die Risikoexpositionen deutscher Banken in Griechenland informieren? Und welche Form der Zusammenarbeit soll-

---

9 Das war die in der deutschen Politik vorherrschende Sicht: „Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist“ (Helmut Kohl 1991, zit. nach Hacker 1999: 31f.). Dem entspricht Kohls Kommentar zur gegenwärtigen Führung seiner Partei: „Ich habe kein Verständnis, ... für Leute, die so tun, als ginge sie Griechenland nichts an. ... Natürlich ist das alles schwierig, aber man muss alles tun“ (Fichtner 2010).

ten die Finanzbehörden der Mitgliedsstaaten nutzen, um systemischen Risiken für die Euro-Zone als ganzer zu begegnen? In welchem Verhältnis sollte die Liquiditätsversorgung auf europäischer und auf nationaler Ebene zueinander stehen? Während Frankreich und Italien für eine einheitliche europäische Aufsicht plädierten, zogen es Großbritannien und Deutschland vor, nationale Praktiken gegenseitig anzuerkennen. Einige übergreifende Komitees folgten demselben Prinzip der ‚Subsidiarität‘, das einen gemeinsamen makroökonomischen Rahmen für die Eurozone ausschloss: ohne einer zusätzlichen Bürokratie zu bedürfen, würde der Regulierungswettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten früher oder später zur Konvergenz führen.

Wichtiger als die technischen Details dieser Konstruktion und ihrer Mängel sind die Gründe, aus denen sie über ein Jahrzehnt konserviert wurde. Nicht Naivität stand im Hintergrund, sondern eine fortgesetzte Aversion gegen supranationale Lösungen, sei dies, um die nationalen Finanzplätze zu festigen, eigene Banken zu protegieren oder den Vorteil einheimischer regulatorischer Routinen zu nutzen (de Larosière et al. 2009: 75-77). Nicht zuletzt war kein Mechanismus zur Lastenverteilung in potentiell EWU-weiten Krisen vorgesehen, da diese der offiziellen Philosophie zufolge allein von nationalen Regierungen zu verantworten und zu verarbeiten seien.

Kollektives Handeln oder gar institutionelles Lernen fiel unter diesen Voraussetzungen schwer. Der latente ökonomische Nationalismus, der sich in der Regulation des Euro-Regimes festgesetzt hatte, wurde mit Beginn der Finanzkrise manifest und behinderte europaweite Lösungsansätze. Dem von Irland ausgehenden Wettbewerb um Einlagensicherungen und Investorengarantien folgten nationale Konjunkturprogramme. Die Berliner Regierung wies im Namen deutscher Steuerzahler die Idee eines Europäischen Krisenfonds zurück. Der französische Pr sident, der Mitterands Idee einer Europäischen Wirtschaftsregierung wieder belebt hatte, brachte sogleich kulturelle Differenzen ins Spiel, um zu erklären, dass jedes Land seine Banken mit eigenen Mitteln beschütze. Selbst der erste massive Angriff auf die Refinanzierungsbedingungen von acht Euroländern im Januar 2009 führte nicht zur Besinnung.

Offenbar ist der vergemeinschaftende Effekt der Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), heute charakteristischerweise zur Währungsunion (EWU) verkürzt, ausgeblieben. Die politische Intention des als ‚Projekt‘ ausgegebenen Kompromisses zwischen der deutschen und französischen Führung, nämlich die Zinsf hrerschaft der Bundesbank gegen die Zustimmung zur Vereinigung beider deutscher Staaten abzugeben, basierte auf der riskanten Annahme, dass das in der EZB institutionalisierte geldpolitische Regelwerk realwirtschaftliche Konvergenz herbeiführen würde. Realwirtschaftliche Konvergenz wäre dann das Fundament, um die vorauslaufende monetäre Integration mit der politi-

schen Vertiefung des gemeinsamen Europas zu resynchronisieren.<sup>10</sup>

Von politischer Vertiefung ist heute wenig zu hören. Die nachlassende Intensität der ‚europäischen Idee‘ wird gerne dem reaktivierten Nationalismus osteuropäischer Regierungen zugeschrieben. Tatsächlich aber verdankt sich die politische Lähmung Europas einer Neubewertung der Währungsunion. Diese erscheint nicht länger als Stadium eines weiterlaufenden evolutionären Prozesses, sondern als „radikaler Wandel in der Struktur Europas“, wie der erste Cheftheoretiker der EZB, Issing, der aus alten Bundesbanktagen noch Rechnungen mit dem politischen Establishment offen hat, postuliert. Die Währungsunion tritt an die Stelle weiterer politischer Formen der Integration, indem „implizit koordinierte Ergebnisse ex-post“ die „Notwendigkeit explizit koordinierter Politik“ substituieren (Issing 2002: 348). Das hat ein überraschendes Ergebnis: „‘Europe’ has perhaps become closer to a ‘final state’ than many would admit“ (Issing 2008: 240). Der Vorteil einer monetären Verfassung besteht aus dieser Sicht in institutioneller Sparsamkeit und einem ‚depolitierten‘ Geld. So gesehen bedarf es keines neu zu schaffenden politischen Überbaus, um Länder wie Griechenland auf ‚Stabilitätskurs‘ zu bringen. Die ‚strukturelle Anpassung‘ der griechischen Gesellschaft an die Regeln des Stabilitätspakts erschien hinreichend, wobei die seinerzeit auf Drängen Frankreichs hinzugefügte Wachstumskomponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts stillschweigend herausgekürzt wurde. Korrekturen des Euro-Regimes werden dezentralen Hayek’schen Suchprozessen anheim gestellt (Issing 2008: 234).<sup>11</sup>

Unter diesen Voraussetzungen ist der Marktkonformismus der EU zu verstehen, der Kapitalmärkten und *Rating*-Agenturen ein Urteil über Griechenland und die Euro-Zone insgesamt einräumt. Die fatale Rolle dieser privatwirtschaftlichen Unternehmen am Zustandekommen der globalen Krise ist inzwischen anerkannt,<sup>12</sup> so dass die vorrangige Frage wiederum lautete: ‚Greek bail-out: are investors con-

---

10 Damit wäre die „effektive Parallelität“ zwischen monetärer und politischer Integration eingeholt, die allen Programmen der europäischen Integration bis Maastricht zugrunde lag und die in der oben zitierten Äußerung Helmut Kohls nachhallte; siehe zu diesen Zusammenhängen Müller (1999: 17ff.)

11 Man kann in diesen Äußerungen unschwer den Versuch einer Rückabwicklung der Währungsunion als Weg zur politischen Vertiefung Europas erkennen: den Versuch, die DM-Hegemonie unter anderem Namen zu restaurieren. Schlichtere Gemüter sprechen dies hemmungsloser aus, sie denunzieren die Währungsunion als eine „französische Erpressung“ und weisen die Kreditierung Griechenlands aus „Verantwortung vor unserem Volk“ zurück (so der Nationalhistoriker Arnulf Baring in einer Themensendung der ARD am 25. 4. 2010).

12 Alle drei Rating-Agenturen hatten Lehman Brothers bis zum Vorabend des Zusammenbruchs die höchste Bewertung gegeben. Die Methodologie und die Interessenverflechtung dieser Agenturen ist einer vernichtenden Kritik seitens des *Financial Stability Forum* unterzogen worden (de Larosière et al. 2009: 75-77). Die EZB selbst hatte der Rating-Industrie („external credit assessment institutions“) allerdings Einfluss auf die Entscheidungsfindung der angeblich autonomen Zentralbank verschafft, indem sie diese als ‚Marktiniziativen zur Selbstregulation‘ anerkannte (ECB 2009: 110).

vinced?' (*Financial Times*, 15.4.2010). Statt den Größenvorteil der Euro-Zone marktkorrigierend einzusetzen, wählte man ‚marktnahe Zinssätze‘ für Beistandskredite und versucht die Marktmacher gnädig zu stimmen.

Wenn wir es richtig sehen, geht es hier weniger um eine technokratische Expertenlösung für die griechische Krise: Die ‚Rettung Griechenlands‘ ist das Feld, auf dem die Auseinandersetzung zwischen den Regierungen der Euro-Zone um die strukturellen Defekte eines monetären Regimes beginnt, das seit einem Jahrzehnt für wachsende Ungleichgewichte verantwortlich ist. Dabei geht es zum ersten um explizit institutionalisierte Lösungen für Krisensituationen, die das Anpassungspotential einzelner Länder überfordern. Das betrifft zum zweiten Abwertungswettläufe, die auch innerhalb einer Währungsunion möglich sind. Die französische Vorstellung, die DM-Hegemonie durch Entthronung der Bundesbank zu brechen, erwies sich als Illusion des ‚monetaristischen Paradigmas‘ der Integration. In Deutschland wurde die realwirtschaftliche Grundlage der DM-Hegemonie umso eifriger ausgebaut. Hinter dem Schutzschirm des Euro wurden die Lohnstückkosten unter den Durchschnitt der Euro-Zone gedrückt, indem die Einkommenszuwächse konsequent hinter dem Produktivitätswachstum zurückblieben, ohne dass wie in früheren Zeiten eine Aufwertung der DM diesen Effekt zumindest teilweise kompensiert hätte. Denn der Wechselkurs war nicht nur der „entscheidende Sanktionsmechanismus“ (Issing 2008: 195) für Defizit-, sondern auch für Überschussländer. Die hierzulande immer schon kultivierte Bescheidenheit wurde durch mehrere, legislative wie situative Techniken des Lohndumping systematisiert – durch die Rot-Grüne Agenda 2010, einen großen Pool ostdeutscher Arbeitsloser, gewerkschaftsfreie Zonen im Osten, die Ablehnung von Mindestlöhnen, Abwanderungsdrohungen seitens der Industrie und die eifrig genutzte Erweiterung der EU. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Exportwirtschaft, ausgedrückt in der relativen Entwicklung der Arbeitskosten, unterlief den aller Euroländer zwischen 1998 und 2007 um 13%, eine Entwicklung, die sich bis in die Krise hinein fortsetzte (Europäische Kommission 2010: 7; OECD 2010: 46).

Diese Gefahr hatte das Delors-Papier über die Einführung des Euro durchaus antizipiert. Geschäftsgrundlage der gemeinsamen Währung sollten daher nicht nur eine gleichgerichtete Wirtschaftspolitik und strukturelle Maßnahmen gegen Peripherisierung sein, sondern auch eine gleichermaßen an die Produktivität gekoppelte Tarifpolitik (Delors et al. 1989: 18-20). Deutschlands Regierungen haben sich nicht an diesen Leitlinien orientiert. Ihre ‚Reformen‘ liefen darauf hinaus, die Lohnstückkosten massiv zu senken, auch um den Preis, den heimischen Konsum einzuschränken, um desto kompetitiver zu exportieren: man erwartet Nachfrage, ohne selbst nachzufragen. Hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibende Einkommen werden durch den Primat nationaler Arbeitsplätze legitimiert (Issing 2008: 217). So wird die Solidarität in der Euro-Zone nicht nur durch die Konkurrenz zwischen Deutschlands notori-



schem ökonomischen Nationalismus (Müller 2005) und Frankreichs dirigistischen Ambitionen (Cliff 2006), sondern auch durch einen Nationalismus der vulgärerem Art unterhöhlt. Rechtspopulistische Medien haben den tugendhaften deutschen Rentner, Arbeiter und Steuerzahler gegen die ‚faulen Griechen‘ aufgebaut. Von der deutschen Regierung brauchte man zurechtweisende Worte nicht zu erwarten. Denn sie profitiert zweifach von diesem Treiben: es erzeugt nationalen Stolz auf die eigenen Entbehrungen und leitet die Aggressionen auf seit zehn Jahren stagnierende Einkommen nach außen ab.

### 3. Von Griechenland zur ‚systemischen Krise‘ der Euro-Zone

Die griechische Krise ist eine lokale Artikulation der globalen Finanzkrise und hat zugleich weit gefächerte Implikationen für deren Verarbeitung, die wir hier nur in zwei Richtungen andeuten. Zum einen hinsichtlich der oben beschriebenen innenpolitischen Konstellation: Könnte unter dem Krisendruck das Machtkartell der politischen Lager und das Muster klientelistischer Politik aufbrechen? Zum anderen war die Vorstellung, die ‚griechische Krise den Griechen zu überlassen‘ (*Economist*, 18.2. 2010), eine grandiose Fehleinschätzung, die die Augen vor dem übergreifenden Kontext der Krise verschloss, und zugleich symptomatisch für das Kernproblem der Euro-Zone. Die entscheidende Frage lautet hier, ob der am 9. Mai 2010 im Eilverfahren beschlossene ‚Europäische Stabilisierungsmechanismus‘ lediglich auf eine dramatisch verschärfte Marktsituation reagiert oder den Auftakt zu einer Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik gibt.

#### a. Das griechische Dilemma

Die unmittelbaren Auswirkungen der griechischen Krise treffen in erster Linie Griechenland selbst und hier jene Bevölkerungsgruppen, denen die Hauptlast aufgebürdet wird; sie geht mit dem tiefsten Ansehensverlust einher, den eine Regierung der EU je hinnehmen musste. Die Gründe für Regierungen, den IWF zu Hilfe zu bitten, sind komplex. Neben der Überbrückung von Notsituationen versuchen sie zugleich, innenpolitische Gegner mit der Autorität einer multilateralen Institution auszustechen und unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen (Vreeland 2007: 62ff.). Kann äußerer Druck die gegenwärtige Extremsituation auflösen?

In der Vergangenheit blieben die griechischen Regierungen gleich welcher Couleur „immun gegen den Einfluss der internationalen Umgebung und ihrer eigenen negativen ökonomischen Erfahrungen“ (Maravall 1997: 84). Ebenso wenig wie die PASOK-Regierung Papandreu von 1981-1989 und die Nea Demokratia-Führung unter Mitsotakis seit 1989 konnte die 1993 an die Macht zurückgekehrte PASOK das Blatt zu wenden. Die Absicht der Simitis-

Regierung, das Euro-Regime als externen Reformanker zu nutzen,<sup>13</sup> konnte im Treibsand der griechischen politischen Kultur nicht greifen, und so blieb Griechenland das einzige Land, das keine Konvergenz an EU-Verhältnisse zustande brachte. Die Überwindung einer partikularistischen politischen Kultur und der in ihr verwurzelten Interessen, aber benötigt andere Zeiträume und folgt anderen Regeln, als die Beherrschung von Zahlungsbilanzkrisen; hierzu bedarf es der Überzeugung und der kollektiven Einsicht, dass von Systemen mit nahezu universeller Korruption gleichwohl nur eine Minderheit dauerhaft profitiert. In die Überwindung dieser Konstellation werden unweigerlich Gefühle einer gerechten Lastenverteilung hineinspielen, was Konflikte mit den Hauptnutznießern des alten Systems einschließt. Ein kollektives *shame punishment*, die Ausstellung ‚der Griechen‘ in der europäischen Öffentlichkeit als „Bittsteller und Aussätzige Europas“ (*Münchener Merkur*, 26.04.2010: 2), ist solchen Lernprozessen kaum förderlich.

Ob die PASOK-Regierung die Auflagen von IWF und EU durchsetzen kann, wird von der innenpolitischen Konstellation abhängen – ob sie, in der Sprache des Post-Washingtoner Konsenses, ‚ownership‘ reklamieren kann, oder ob Theorien einer Verschwörung von IWF, EZB und USA zur ‚Abschaffung des griechischen Volks‘ (Mikis Theodorakis) Fuß fassen. Das ‚Memorandum of Understanding‘ des IWF wurde parlamentarisch akzeptiert: Bis Ende 2013 ist beabsichtigt, das Haushaltsdefizit unter 3% zu drücken und 36,4 Mrd. Euro einzusparen, indem öffentliche Gehälter und Pensionen eingefroren, Zulagen gekürzt, das Rentenalter heraufgesetzt und die indirekten Steuern erhöht werden<sup>14</sup>. Angesichts der oben dargestellten Defekte der Steuererhebung erscheint die Steigerung des Steueraufkommens um 4% und angesichts des überdimensionierten öffentlichen Sektors und des Militärs scheinen Einsparungen von 5,3% bis 2013 zumindest rechnerisch möglich. Den Erfahrungen der letzten zwei Jahre nach würde diese ‚Stabilisierung‘ allerdings auf einem niedrigeren Niveau stattfinden. Die Baltischen Staaten haben nach ähnlich harten Anpassungen zweistellige Rückgänge des Sozialprodukts und wegbrechende Steuereinnahmen zu verkraften. Für Griechenland erwartet der IWF zwar bereits für 2012 wieder Wachstum, aber eine langdauernde Arbeitslosigkeit von fast 15% (IMF 2010c). Da das BIP zu 70% vom Binnenkonsum bestimmt wird, werden sich Einkommenskürzungen von über 20% stark kontraktiv auswirken – was die Wachstumsperspektive höchst fraglich macht.

---

13 „The move was a triumph for the modernizing policies of Prime Minister Costas Simitis, who in a few short years managed to rescue the Greek economy from high inflation and excessive debt, and hoist it up close to the standards in most of the rest of Europe,“ hieß es in der *New York Times* vom 20. Juni 2000. Ähnliche Illusionen hatte offenbar auch der Minister-Rat der EU, der dem Beitritt zustimmte, obwohl ihm die Defekte der griechischen Administration aus einer langen Liste von OECD-Berichten bekannt waren.

14 Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen findet sich bei Kadritzke (2010b).

So befindet sich Griechenland in einer Münchhausen-Situation: ohne externe Hilfen zur strukturellen Modernisierung seiner defekten Ökonomie wird es sich nicht aus der ihm drohenden Stagnationsphase befreien können. Für die vorzeitige Auszahlung weiterer Strukturhilfen aber hat Athen das europäische Vertrauen darauf verspielt, diese sachgerecht zu verwenden. Wahrscheinlich wird die Informalisierung der Wirtschaft und der Druck auf die Arbeitsmigranten aus der Balkanregion zunehmen; und sicherlich wird, wie in Irland und im Baltikum, die alte Tradition der Emigration in weniger zerrüttete Länder aufleben – mit dem Unterschied, dass dort die Zeiten beschäftigungsintensiver Industrien vorüber sind.

#### b. Europas Weg in die ‚systemische Krise‘ – Machtverschiebungen im Euro-Regime?

Der verengte Blick auf Griechenland war von vornherein eine gefährliche Illusion. In fast allen OECD-Ländern verschob man die Krisenfolgen schlicht in die Staatsfinanzen, ohne ernsthafte Reformen der Kapitalmärkte und Banken in Angriff zu nehmen. Erodierende Staatshaushalte haben sich so zu einem Risiko für das globale Finanzsystem aufgebaut. Steuerausfälle, Konjunkturprogramme und vor allem die Übernahme von Risikopositionen des Bankensektors haben die öffentliche Schuld der G7-Staaten auf das höchste Niveau seit 60 Jahren anschwellen lassen (IMF 2010a: 8). Weltweit haben Regierungen und Zentralbanken bis Ende letzten Jahres 11,4 Billionen Dollar für die Stabilisierung des globalen Finanzsystems aufgewendet, die nun als offene Posten in ihren Haushalten stehen. Da durchgreifende Reformen dieses Systems ausgeblieben sind, konnten sich dessen Akteure die nächsten Spekulationsobjekte sogleich unter diesen Regierungen aussuchen. Im verkehrten Bewusstsein des Finanzkapitalismus geht die Gefahr nämlich nicht von den weiterhin frei waltenden Finanzmarktakteuren aus, sondern von ‚unsoliden Staaten‘ – einer recht flexiblen Kategorie. Und das ist auch der vorgeschobene Grund gegen eine Besteuerung von Finanzmarkttransaktion: die Märkte könnten dann nicht mehr das Ausgabeverhalten der Staaten kontrollieren.

Ganz oben auf der Gefährderrliste für die Stabilität der Euro-Zone standen im letzten Jahr neben Irland und Italien zeitweilig drei Kernländer der EU, nämlich Österreich, Belgien und die Niederlande. Griechenland war also zunächst ein kleiner, relativ spät hineingeworfener Stein in einem weltweiten Spiel, in dem der Euro-Zone eine Abwehrstrategie fehlte. Entschiedenes kooperatives Handeln hätte das Land aus der Abschusszone nehmen können, so aber kamen noch im April 2010 Portugal und Spanien auf die Liste, für die zudem Belgien, Italien und Großbritannien vorgemerkt sind. Sieht man über Europa hinaus, dann sind desweiteren die USA und Japan im Visier.<sup>15</sup>

---

15 „Moody’s, Standard & Poor’s, and Fitch warned that they might have to downgrade the

Von der EU hätte man erwarten können, die Zeichen der auf sie übergreifen- den Krise frühzeitig zu erkennen. Der oben beschriebene Dissens über die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Eurozone aber blockierte die Entscheidungsprozesse und problemangemessene Lösungsformen. Die deutsche Seite insistierte auf einem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts, der das beste Mittel gegen den Aufbau explosiver Ungleichgewichte sei. Im Taktieren gegenüber Athen versuchte die Bundesregierung ihre Vorstellungen von einer Revision des Pakts gegenüber Frankreich und den ‚Südländern‘ durchzusetzen, die sie traditionell inflationärer Krisenlösungen verdächtigt. Der alte DM-Imperialismus meldete sich im Namen eines ‚harten Euro‘ mit dem Ruf nach Stimmrechtsentzug für Defizitländer zurück und drohte mit dem IWF als Alternative.<sup>16</sup>

Diese Operation verschätzte sich allerdings in der Dimension des auf Europa zukommenden Problems. Die zweite Spekulationswelle testete anhand einzelner Länder die Handlungsfähigkeit der Union als ganzer. Anfang Mai 2010 wurde klar, dass es nicht mehr um Länderpakete und auch nicht um den Außenwert der Gemeinschaftswährung ging,<sup>17</sup> sondern um deren Existenz. Die unter Politikern und in den Medien zirkulierenden Vorschläge, ‚Defizitsündern‘ den Austritt aus der Euro-Zone nahe zulegen, und Gedankenexperimente, einen harten Kern von Nordländern auszugründen, waren eine erstklassige Einladung, hierauf Wetten abzuschließen.

Erst die Anzeichen, dass diese Wetten aufgehen könnten, veranlassten den Präsidenten der EZB, eine „systemische Krise“ der Euro-Zone auszurufen und Maßnahmen gegen ‚dysfunktionale Märkte‘ zu fordern; erst die Liquiditätsprobleme des Euro-Systems als Ganzem mobilisierten in kürzester Zeit ein Notfallprogramm, das durch eine konzertierte Aktion von EZB, Federal Reserve, der Bank of Japan, der Kanadischen Zentralbank, der Schweizerischen Nationalbank und der Bank of England flankiert wurde (*Economist*, 15.5.2010: 36 u. 71-73). Die bloße Tatsache, dass diese Aktion im Hintergrund ablief, zeigt, wie weit sich die Posen der europäischen Regierungen vom realen Finanzmarktgeschehen entfernt hatten. Ein zweitklassiges politischen Schauspiel

---

triple-A debt of the United States“ schreibt die *New York Times* vom 21.3.2010 und sieht dahinter die kollektive Drohung des Finanzsektors gegen ihn einschränkende Gesetzesvorhaben. Zum Regulationsversagen der Regierungen der EU wie der USA, insbesondere hinsichtlich der überfälligen Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken siehe Blundell-Wignell et al. (2010).

16 „Außerdem sehen diese Länder, dass der Weg Griechenlands mit den strengen Vorgaben des IWF nicht einfach ist“ (Merkel-Interview in der *Bild am Sonntag* vom 2.5.2010).

17 Der immer noch 10 Prozent oberhalb des ‚euphorischen‘ Ausgangskurses von 1.18 Dollar im Jahr 1999 lag (OECD 2000: 47) und weit über dem Tiefstwert von 0,83 Dollar. Abgesehen davon verfolgt die EZB ein Inflations- und kein Wechselkursziel, so dass man in der Diskussion um den ‚schwachen Euro‘ unschwer eine Projektion vom üblicherweise steigenden Wechselkurs der DM auf die Gemeinschaftswährung vermuten kann.

wurde vom *outward-spillover* der ‚griechischen Krise‘ in die europäischen Banken und von hier aus in das globale Finanzsystem in die Realität zurückgeholt. Mit dem Umfang dieses Programms erkannten die europäischen Regierungen erstmals die Größenordnung der nur gemeinsam abzuwehrenden Gefahren an. In das Gesamtpaket von 750 Mrd. gehen 500 Mrd. Euro Kreditzusagen seitens der EU-Staaten sowie die IWF Anteile der beteiligten Länder ein (die damit anderen Krisenregionen entzogen sind). Aufschlussreicher als die genannten Beträge ist der ‚Mechanismus‘, über den sie bedrohten Defizitländern zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Regierungen waren nicht bereit, der Europäischen Kommission mehr als die bereits im Budget vorhandenen 60 Mrd. Euro für zur Vergabe von Notfallhilfen zu überlassen; 440 Mrd. Euro werden durch bilaterale Verträge vergeben. Die deutsche Regierung insistierte wiederum auf einem verschärften Überwachungssystem unter Co-Regie des IWF. Der Aktionsspielraum der EZB wird um den direkten Ankauf gefährdeter Staatsanleihen erweitert.

Dieser ‚Europäische Stabilisierungsmechanismus‘ (ESM) ist alles andere als unpolitisch, und die Deutungen, was er für die Zukunft der europäischen Integration impliziert, gingen noch vor seiner Ratifizierung auseinander. Die französische Führung inszenierte ihn als den Durchbruch zu einer ‚echten Wirtschaftsregierung‘, eine ‚systemische Antwort auf eine systemischer Krise‘, die über die aktuelle Notsituation hinaus neue Parameter für die europäische Politik definiert. Aus deutscher Sicht scheint es sich dagegen um eine größer dimensionierte Kreditfazilität der Art zu handeln, wie sie der IWF unter wechselnden Namen immer wieder auflegt. Das wäre dann eher der Einstieg in ein verschärftes Sanktionsregime, in dem externe Institutionen in die Haushaltspolitik nahezu aller Eurostaaten eingreifen. Die Europäische Kommission hat sich dies zueigen gemacht und vorausgreifende Kontrollen der nationalen Haushaltentwürfe gefordert (FTD 12.5.2010). Ob das als ‚postnationales Regieren‘ einer neuen Art durchgeht, ist zweifelhaft, zu deutlich ist die Handschrift dieses Regimes: „The result could be a Europe in which Germany, through EU institutions, imposes controls over welfare states, labor markets and other policy areas in other euro-zone countries“ (Walker/Karnitsching 2010). Welche Interpretation des ESM sich durchsetzt, wird von den Diskussionen und Ratifizierungsprozessen in den europäischen Parlamenten abhängen, und es ist ungewiss, wie viele der europäischen Regierungen ihrer Entmächtigung zustimmen würden.

Die temporäre Legitimität des ESM ist die einer Notstandsregierung, die sich in Momenten der Gefahrenabwehr über demokratische Verfahren und so auch über die vertragliche Grundlage der EU hinwegsetzt. Tatsächlich aber könnte das Verfahren und der vorgeschlagene ‚Mechanismus‘ die Legitimation der EU insgesamt unterminieren. In der gegenwärtigen Krise wurde das Prinzip der Solidarität zwischen Mitgliedsstaaten verletzt; Merkmals Vorschläge für verschärfte

Sanktionen einschließlich der Suspension von Stimmrechten würden die Gleichheit der Mitglieder vor den Verträgen aushebeln. In der sich abzeichnenden Krisenbewältigung importiert die EU Strukturanpassungsprogramme nach dem Muster des IWF, die das ‚soziale Europa‘ ad absurdum führen. Wenn Dominique Strauss-Kahn verkündet, dass der „griechische Fall eine gute Lektion ist und gewisse Länder beeinflussen wird“ (Thomas 2010), wenn der IWF nun Spanien und Portugal dieselben Programme zusichert wie Ungarn, Lettland, Rumänien und Griechenland (IMF 2010c), kann man wissen, was die Gleichheit vor den Konditionen dieser Institution beinhaltet. „Was die Griechen von Lettland lernen können“ (FTD 11.5.2010) ist, wie man Krankenhäuser, Schulen und Teile des Nahverkehrs auch ohne Widerstand auf der Straße schließen und die Lohnstückkosten innerhalb kürzester Zeit um ein Drittel senken kann. Und was ‚gewisse Länder‘ dem griechischen Beispiel absehen sollen ist, dass auch von ihnen ‚interne Abwertungen‘ vergleichbarer Art erwartet werden. Dass Deutschland ihnen mit einer ‚internen Aufwertung‘ zur Entschärfung der innereuropäischen Gleichgewichte entgegenkommt, ist nicht zu erwarten.

So ist die große Abrechnung mit dem anglo-amerikanischen Kapitalismus, die europäische Politiker von Sarkozy über Brown zu Putin auf dem G-20 Treffen im März 2009 angekündigt hatten (Burns/Thomas 2009; Thornhill 2009) in das konventionelle Muster zurückgefallen. Die systemischen Ursachen der Krise werden den in die Krise geratenen Ländern zugeschrieben; die exorbitant gestiegene Verschuldung zur Alimentierung der Finanzsektoren wird vermeintlich überspannten Sozialhaushalten in Rechnung gestellt. In dieser abenteuerlichen Konstruktion meldet sich der Kapitalismus ohne Einschränkungen zurück. „As a period of loose credit gives way to an era of austerity, the social cohesion of many nations will be put to the test. Not all countries will pass“ (*Economist*, 4. 3. 2010). Diese Entwicklung abzuwenden, ist in der Tat ein Test: auf die Restvernunft der europäischen Parlamente und die Sinnhaftigkeit Europas.

## Literatur

- Athanassiou, Emmanuel et al. (2002): The Effects of Defence Spending Reductions. A CGE Estimation of the Foregone Peace Dividend in the Case of Greece, *Defence and Peace Economics*, Jg. 13, Nr. 2, 109 -119.
- Atkins, Ralph (2008): Survey Underlines Grim Outlook for Eurozone, *Financial Times*, 24. Okt.
- Berend, Ivan T. (2006): *An Economic History of Twentieth-Century Europe*, Cambridge.
- Blundell-Wignell, Adrian et al. (2009): The Elephant in the Room. The Need to Deal With What Banks Do, *Financial Market Trends*, Nr. 97, 1-27.
- Burns, John; Thomas, Landon (2009): Anglo-American Capitalism on Trial, *New York Times*, 28.3.2009.
- CEPT (1999): Prudential Supervision in the Context of EMU. *European Parliament Working Paper* ECON 102, Luxemburg.
- Cliff, Ben (2006): The New Political Dirigisme, *British Journal of Political Science*, Jg. 8, Nr. 3, 388-409.

- Clogg, Richard (1997): *Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln.
- de Larosière, Jacques et al. (2009): *High Level Group of Financial Supervision in the EU*, Brüssel.
- ECB (2009): *Monthly Report*. May, Ffm.
- Economist* (2010): Germany & the Euro. Let the Greeks ruin themselves, 18.Feb.
- Eichengreen, Barry (2001): *Towards A New International Financial Architecture*, Washington.
- European Commission (2010): The Impact of the Global Crisis on Competitiveness and Current Account Divergences in the Euro Area, *Quarterly Report on the Euro Area*, Vol. 9, No. 1., 5-38.
- Eurostat (2009): Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2009. Luxemburg
- Evans-Pritchard, A.; Mason, R. (2008): Investors shun Greek debt as shipping crisis deepens, *Telegraph*, 28. Okt.
- Fichtner, Nikolai (2010): Lektion vom „Vater des Euro“, *Financial Times Deutschland*, 5. Mai.
- Feldstein, Martin (2009): Überlebt die Eurozone die wirtschaftliche Erholung? *Project Syndicate*, 25.11. 2009 <http://www.project-syndicate.org/commentary/feldstein16/German>
- Goldstein, Morris et al. (1999): The Future of the International Financial Architecture, in: *Foreign Affairs*, Nov./Dez. 1999.
- Hacker, Jens (1999): Die deutsche Politik in Europa, in *Politische Studien*, Heft 368, 24-32.
- Heine, Michael; Herr, Hansjörg (2006): Die Europäische Währungsunion im Treibsand, in: *PRO-KLA* 144, 361-380.
- IMF (2009): Greece. Article IV Consultation, *Country Report* No. 09/244, August, Washington. D.C.
- (2010a): *Global Financial Stability Report*, April 2010, Washington, D.C.
  - (2010b): IMF Executive Board Approves €30 Billion Stand-By Arrangement for Greece, Press Release No. 10/187, 9. Mai 2010 ([www.imf.org](http://www.imf.org))
  - (2010c): European Stabilization Mechanism. Agreed EU Support Model Boosts Confidence, IMF Survey online. 11. Mai 2010.
- Issing, Otmar (2002): On Macroeconomic Policy Co-ordination in EMU, *Journal of Common Market Studies*, Jg. 40, Nr. 2, 345-358.
- (2008): *The Birth of the Euro*. Cambridge.
- Johnson, Simon et al. (2008): Start by Saving the Eurozone, *Guardian*, 24.10.2008.
- Kadritzke, Niels (2010a): Griechenland – auf Gedeih und Verderb. In: *Le Monde diplomatique*. Januar
- (2010b): Griechenland – Einschneidende Reformen wirken nur mit europäischer Solidarität. In: *Euroland auf dem Prüfstand. Ist die Währungsunion noch zu retten? Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebertstiftung*. Mai. [www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)
- Koliopoulos, John S., Thanos M. Veremis (2010): *Modern Greece. A History since 1821*, Chichester.
- Maravall, José María (1997): *Regimes, Politics and Markets. Democratization and Economic Change in Southern and Eastern Europe*, Oxford: OUP.
- Merkel, Angela 2010: Regierungserklärung. Griechenland helfen, den Euro sichern, *Bunderegierung-online.de*, 5.5.2010.
- Meynaud, Jean (1969): *Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland*. Berlin
- Maull, Gerd (1926): *Griechenland*. In: Andree/Heidereich/Sieger: *Geographie des Welthandels*, hrsg. von F. Heiderich u.a. 4.Aufl. Bd. 1. Wien, S. 879-900
- Müller, Klaus (1999): Die Einführung des Euro. Monetäre, politische und institutionelle Aspekte der europäischen Integration, in *Prokla* Jg. 29, Nr. 1 (H 114), 7-28.
- (2005): Nationalist Undercurrents in German Economic Nationalism, in Helleiner, Eric/Andreas Pickel Hg. (2005): *Economic Nationalism in a Globalizing World*, Ithaca, 141-163.
- OECD (2000): *EMU. One Year On*. Paris.
- (2001): *Regulatory Reform in Greece*. Paris
  - (2009a): *Factbook 2009. Economic, Environmental and Social Statistics*. Paris
  - (2009b): *Economic Surveys. Greece*, Paris.
  - (2010): *Main Economic Indicators*, April, Paris.
- Pagoulatos, George/Christos Triantopoulos (2009): The Return of the Greek Patient: Greece and the 2008 Global Financial Crisis, in *South European Society and Politics*, Jg. 14, No.1, 35-44.

- Rose, Sascha (2007): Begehrte Nachbarn. Griechische Unternehmen setzen auf das Wachstum des Balkans - wie Anleger erfolgreich mitspielen, *Money-Focus*, Nr. 41.
- Saltmarsh, Matthew & Schwartz, Nelson (2010): Germany Backtracks on Europe Rescue for Greece, *New York Times*, 18.3.2010.
- Savage, James (2008): *Making the EMU. The Politics of Budgetary Surveillance and the Enforcement of Maastricht*, Oxford
- Schrörs, (2010): Krisenstrategie. EZB, heute hüh, morgen hott, *Financial Times Deutschland*, 5.5.2010.
- Thomas, Landon (2010): I.M.F. Plays Deal Maker in Europe, *New York Times*, 11.5.2010.
- Thornhill, John (2008): Europe. In it together, *Financial Times*, 8.10. 2008
- (2009): Capitalist Crisis Becomes Thriving Business, *Financial Times*, 9.1.2009.
- Vreeland, James (2007): *The International Monetary Fund. Politics of Conditional Lending*, London: Routledge.
- Walker, Marcus & Karnitschnig, Matthew (2010): Zeal and Angst. Germany Torn Over Role in Europe, *Wall Street Journal*, 8.5.2010.
- Zouboulidis, Vassilios (2006): *Dualistische Raum- und Wirtschaftsstrukturen in Griechenland*. Diss. Würzburg.